



Beschlussempfehlung

Zu TOP 1 der Sitzung des A-HuF am 4. Juni 2020 „Stand der Verhandlungen zwischen Land und Kommunen zu dem kommunalen Rettungsschirm, Bericht des Ministers des Innern und für Kommunales sowie der Ministerin der Finanzen und für Europa“

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landtag Brandenburg hat die Landesregierung in einem Entschließungsantrag (DRS 7/1045) zum Brandenburgischen Kommunalen Notlagegesetz beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bewerten und dem Landtag Vorschläge zur Unterstützung der Kommunen zu unterbreiten.

Im Ergebnis hat die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden einen Kommunalen Rettungsschirm in Höhe von 580,7 Mio. € (auf der Basis der Mai-Steuerschätzung 2020) mit den folgenden Eckpunkten vereinbart:

- Ausgleich kommunaler Mehrausgaben und Einnahmeausfälle durch Nutzung des Ausgleichsfonds nach §16 FAG in Höhe von 25,9 Mio. €, durch einen Pauschalen Mehrbelastungsausgleich für Landkreise und kreisfreie Städte in Höhe von 45 Mio. € und für kreisangehörige Gemeinden in Höhe von 25 Mio. €;
- Übernahme von Mindereinnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich für die Jahre 2020 bis 2021 in Höhe von 212,1 Mio. €;

- Ausgleich von 50% der kommunalen Steuermindereinnahmen in 2020 und von 75% in 2021 in einem Volumen von insgesamt 179,5 Mio. €;
- Zusätzlich garantierte Vorab-Übernahme des durch den Bund angekündigten Gewerbesteuerausgleichs von 50% in Höhe von 93,2 Mio. € in 2020;
- Die absoluten Beträge des Rettungsschirms werden anhand der vereinbarten Prozentsätze nach der Oktober-Steuerschätzung 2020 angepasst.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen begrüßt und unterstützt diesen Vorschlag und empfiehlt dem Landtag diesem Rettungspaket auch im Hinblick auf die finanziellen Verpflichtungen in den Jahren 2021 und 2022 zuzustimmen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie stellt das Land Brandenburg und seine kommunale Familie auch finanziell vor große Herausforderungen. Die Mai-Steuerschätzung hat ergeben, dass dem Land bis 2024 Steuerausfälle von bis zu 3 Milliarden Euro drohen. Auch die Kommunen sind von dieser Entwicklung betroffen. Die Einnahmeausfälle belaufen sich im selben Zeitraum auf 604 Millionen Euro.

Der Landtag Brandenburg hat sich frühzeitig mit dieser Problematik befasst. Anfang April wurde ein Corona-Rettungsschirm in Höhe von bis zu 2 Milliarden Euro aufgespannt. Die Landesregierung wurde beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bewerten und dem Landtag Vorschläge zur Unterstützung der Kommunen zu unterbreiten. Mit dem vorliegenden Rettungsschirm in Höhe von 580,7 Mio. € ist sie diesem Auftrag nachgekommen. Der Landtag Brandenburg begrüßt und unterstützt dieses Rettungspaket. Es gewährleistet, dass die Kommunen in der Lage bleiben, notwendige Investitionen, die für die Wiederankurbelung der Konjunktur notwendig sind, zu leisten und auf die Verhängung von Haushaltssperren weitgehend zu verzichten.

Der von der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte kommunale Rettungsschirm greift nur minimal in das bestehende System kommunaler Finanzbeziehungen ein. Durch eine gemeindescharfe Abrechnung der Steuerausfälle auf der Grundlage der aktuellen Kassenstatistik stellt er sicher, dass die besonders betroffenen Kommunen optimal unterstützt werden. Aufgrund einer Kombination von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen, einem hohen Mittelvolumen sowie mehrjährigen Finanzierungszusagen ist der Rettungsschirm eine äußerst robuste Unterstützung für unsere brandenburgischen Kommunen in der Corona-Krise. Zudem wird durch die zusätzlich garantierte Vorab-Übernahme der in Aussicht gestellten Bundeshilfe von 50% der Gewerbesteuer ausfälle gesichert, dass die Hilfen für die Kommunen nicht durch langwierige Abstimmungen auf Bundesebene verzögert werden.

Gerade jetzt braucht Brandenburg Kommunen mit hoher finanzieller Leistungsfähigkeit. Daher ist es richtig, dass die Landesregierung trotz Steuerausfällen allein in 2020 in Höhe von 1,15 Mrd. € ein umfangreiches Unterstützungsprogramm für die Kommunen auflegt. Dadurch werden sie in die Lage versetzt, die Folgen der Corona-Krise schnell zu überwinden.

Potsdam, 3. Juni 2020

Jörg Vogelsänger

für die Fraktion der SPD

Steeven Bretz

für die Fraktion der CDU

Thomas von Gizycki

für die Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN